



Neues aus Düsseldorf

Newsletter von André Stinka MdL

Ausgabe 03/2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem April-Newsletter möchte ich Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus dem Kreis Coesfeld berichten.

Vor 60 Jahren wurde der Grundstein für Europa in seiner heutigen Form gelegt: Mit den Römischen Verträgen wurden die Voraussetzungen für Frieden, Freiheit und Wohlstand geschaffen. Gemeinsam mit den GRÜNEN haben wir uns mit unserem Antrag ganz klar und deutlich pro Europa positioniert. Es gilt die Werte der EU - Freiheit, Demokratie und Solidarität - zu bewahren und zu schützen. Markus Töns, europapolitischer Sprecher der SPD- Fraktion, betonte, dass wir ein sozialeres Europa brauchen. „Eines, das deutlich macht, dass es für die Menschen da ist und seine Aufgaben erfüllt“, so Töns weiter. Dem kann ich nur zustimmen.

Die Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen war bis zum Schluss in der Verfassungskommission umstritten. Die Koalitionsfraktionen von SPD und Grüne haben sich von Beginn an in der Verfassungskommission für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre eingesetzt. Hierfür gab es im Rahmen der Beratungen der Verfassungskommission eine breite gesellschaftliche Unterstützung, unter anderem von der Naturschutzjugend NRW, dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend Nordrhein-Westfalen bis hin zur Bertelsmann Stiftung. Mit den Stimmen der SPD, der Grünen, Piraten sowie der FDP hätten wir am Donnerstag eine verfassungsändernde Mehrheit ohne die CDU durchsetzen können, aber so ist es leider nicht gekommen. Schade, dass die CDU und die FDP den Jugendlichen in NRW so wenig zutraut. Wir kämpfen weiter für ein Wahlalter ab 16 Jahren. Meine ausführliche Meldung dazu kann [hier](#) abgerufen werden.

Zudem wurde im Landtag der Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Silvesternacht vorgestellt und beraten. Es steht fest, dass es gravierende Fehler bei der Kölner Polizei, bei der Bundespolizei und der Stadt Köln gab. Solche massiven Übergriffe waren nicht vorhersehbar. Nun hat es die höchste Priorität, dass sich so etwas nicht wiederholt. Der Bericht formuliert klare Handlungsempfehlungen.

Ich wünsche Ihnen und euch viel Spaß beim Lesen meines Newsletters und eine schöne Osterzeit!

Beste Grüße

André Stinka MdL

Vereint: Klares Zeichen für Europa setzen



Die Europäische Union feiert im Jahr 2017 das 60-jährige Bestehen der Römischen Verträge, mit denen 1957 die Grundlagen für die heutige Europäische Union gelegt wurden. Die sechs Gründerstaaten dieses Vorläufers der EU wollten einen gemeinsamen Wirtschaftsraum gründen, der Sicherheit und Wohlstand garantiert. Heute, 60 Jahre später, sind viele Versprechen eingelöst. Gleichwohl steht das Projekt Europa aktuell vor

einer Vielzahl an Herausforderungen. Auch vor dem Hintergrund der Wahlen in wichtigen Mitgliedsstaaten wird 2017 für die EU ein entscheidendes Jahr.

Die Parlamentswahl in den Niederlanden am 15. März 2017 hat den rechtspopulistischen Europegegnerinnen und -gegnern den Wind aus den Segeln genommen. Unsere niederländischen Nachbarinnen und Nachbarn haben sich für Europa ausgesprochen. Weitere wichtige Wahlen sind aber noch zu bestehen, so die Präsidentschaftswahlen in Frankreich und die Bundestagswahl in Deutschland. Mit unserem Antrag „Die europäische Wertegemeinschaft erhalten, um sie zu verbessern“ setzen die Fraktionen von SPD und Grüne im europäischen Jubiläumsjahr ein klares Zeichen für Europa. Die aktuell weltpolitisch turbulenten Zeiten erfordern ein deutliches Bekenntnis zu einem Erhalt der europäischen Gemeinschaft, aber auch den Willen, diese verbessern zu wollen.

Wir begrüßen die proeuropäischen Kräfte auf den Straßen Europas und fordern die Landesregierung auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin alle Maßnahmen und Initiativen zu unterstützen, die ein Auseinanderbrechen der EU verhindern. Unser NRW wird sich jeglicher Art von nationalistischen und populistischen Angriffen auf die Errungenschaften der europäischen Einigung entgegen stellen. Drucksache [16/14663](#)

Vorgelegt: Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Silvesternacht

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Silvesternacht des Landtags NRW hat seinen Abschlussbericht vorgelegt. Er ist das Ergebnis der sehr intensiven Arbeit des Ausschusses. In 61 Sitzungen wurden 178 Zeugen vernommen, um das Geschehen der Silvesternacht 2015/2016 und der Tage danach gründlich aufzuarbeiten.

„Wir waren es den vielen Opfern der schrecklichen Vorkommnisse schuldig, festzustellen, wie es zu den Taten kommen konnte und wie verhindert werden kann, dass sich so etwas wiederholt“, sagt Hans-Willi Körfges, Obmann der SPD-Landtagsfraktion im Ausschuss und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion.



Fazit: Eine solche Situation, wie sie sich in der Silvesternacht rund um den Kölner Dom ergeben hat, war nicht vorhersehbar und hatte sich in Deutschland vorher noch nie in ähnlicher Form ereignet. An dem Vorgehen der Stadt Köln, der Polizei Köln und der Bundespolizei muss gleichwohl massive Kritik geübt werden. Beispielhaft sind das Unterlassen der Sperrung der Hohenzollernbrücke, Unklarheiten über die Zuständigkeiten und Kommunikationsmängel. Es gab eklatante Fehler bei der Einsatzplanung und -durchführung. Daraus ergeben sich Empfehlungen für das künftige Vorgehen, die im Abschlussbericht ausdrücklich benannt werden.

„Die Arbeit des Ausschusses hat aber auch eines deutlich gezeigt: Die Behauptungen und Verschwörungstheorien von CDU und FDP sind völlig haltlos und eindeutig widerlegt. Wer anderes behauptet, verdreht die Wahrheit und betreibt Wahlkampf auf Kosten der Opfer“, so Körfges.

Drucksache [16/14450](#)

Weiterentwickeln: Akkreditierung von Studiengängen verbessern



Studiengänge müssen gestaltet und genehmigt werden, bevor sie anlaufen. Zudem werden sie nach einigen Jahren reakkreditiert. Dies ist eine Konsequenz des so genannten Bologna-Prozesses, der zum Ziel hatte, die Vergleichbarkeit von Studienleistungen zu erreichen und die Mobilität von Studierenden in Europa zu erhöhen.

An dem bisherigen Akkreditierungssystem gab es einige Kritik (teuer, bürokratisch, nicht an den Bedürfnissen der Studierenden orientiert) und auch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Daher

muss die Akkreditierung weiterentwickelt werden, was die SPD-Landtagsfraktion sehr begrüßt. Mit dem aktuellen Antrag der Regierungsfractionen definieren wir nun den Rahmen für die Weiterentwicklung. Dabei setzen wir die Brille der Studierenden und Lehrenden auf und wollen eine bessere Akkreditierung von Studiengängen erreichen.

Drucksache [16/14660](#)

Vorbeugend: Das neue Jugendstrafvollzugsgesetz

Mit dem Gesetz zur Regelung des Vollzugs der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes entwickelt der Gesetzgeber den fortschrittlichen Ansatz unseres Landes für einen „aktivierenden Strafvollzug“ weiter, der auf der Grundlage einer sorgfältigen Diagnostik eine auf individuelle zugeschnittene Behandlung und Motivierung gerichtete Vollzugsplanung vorsieht. Der Grundsatz des Forderns und Förderns steht hierbei im Mittelpunkt.

Das neu gefasste Jugendstrafvollzugsgesetz setzt einen Schwerpunkt auf die Einbeziehung des Opferschutzes als integrativer Bestandteil der Förderung und Erziehung und weitet die Einbeziehung von und die Zusammenarbeit mit außervollzuglichen Trägern aus.

Im Anwendungsbereich des Strafvollzugsgesetzes werden die Rechtsgrundlagen für eine bessere Prävention von Radikalisierung und extremistischer Gefahren in den Vollzugsanstalten geschaffen. Zur Erhöhung der Sicherheit in den Anstalten wird das Instrument der Sicherheitsanfrage über Gefangene und anstaltsfremde Personen und ein Identitätsfeststellungsverfahren für Gefangene eingeführt. Des Weiteren bietet das Gesetz die Möglichkeit, bei Ausführungen von Gefangenen elektronische Fußfesseln einzusetzen.

Schließlich werden Regelungen zu Standardmaßnahmen, die im Strafvollzugsgesetz von 2015 definiert wurden, auf den Vollzug der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft übertragen, so dass diese nun über alle Haftarten einheitlich definiert sind.

Drucksache [16/14629](#)





Am 5. November 2014 hat der Landtag auf Antrag aller Fraktionen gemäß Artikel 41 der Landesverfassung die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum NSU-Terror in Nordrhein-Westfalen beschlossen. Im April 2015 ging der Vorsitz im Ausschuss von Nadja Lüders auf Sven Wolf über.

In mehr als 50 Sitzungen wurden mehr als 70 Zeugen aus den Bereichen Polizei und Justiz und dem Verfassungsschutz des Landes NRW vernommen. Ferner wurden Bedienstete des Bundeskriminalamtes, des Bundesamtes für

Verfassungsschutz und des Generalbundesanwaltes als Zeugen vernommen.

Die Untersuchungen des Ausschusses haben gravierende Fehler bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz zu Tage gefördert. Zeugenaussagen fanden keine Beachtung. Bundesweit verfolgten Polizei und Staatsanwaltschaften weiterhin unbeirrt die Arbeitshypothese, dass hinter den Taten eine unbekannte Organisation stecke und die Opfer von dieser unbekanntem Organisation verfolgt würden.

Die Untersuchungen des Ausschusses erstreckten sich auch auf die Frage, ob dem NSU möglicherweise weitere Straftaten in NRW zuzurechnen sind. Dafür ergaben sich keine Anhaltspunkte.

Gegenstand der Ausschusstätigkeit war auch die Untersuchung rechtsradikaler Strukturen in NRW. Hier konnte festgestellt werden, dass sich die rechtsradikale Szene, in der die Ausübung von Gewalt einen hohen Stellenwert einnimmt, in vielfältiger Weise organisiert hat.

Der Ausschuss hat sich auch mit dem mysteriösen Tod von Thomas Richter im April 2014 befasst. Thomas Richter war fast 18 Jahre lang unter dem Decknamen „Corelli“ als V-Mann für das Bundesamt für Verfassungsschutz tätig. Er ist an einer plötzlichen Diabeteserkrankung verstorben, ein Fremdverschulden kann ausgeschlossen werden.

Im Rahmen einer Anhörung durch den Untersuchungsausschuss sind erstmals auch die Geschädigten des NSU-Terrors zu Wort gekommen. Sie gaben an, wie sehr sie und auch ihre Kinder unter den jahrelangen Ermittlungen gelitten haben. Sie seien durchweg wie Beschuldigte behandelt und nicht über den Stand des Verfahrens informiert worden. Erst nach der Aufdeckung des NSU seien sie auch gesellschaftlich rehabilitiert worden.

Drucksache [16/14400](#)

Optimiert: SPD fordert bessere Strukturen bei der Schuldner- und Insolvenzberatung

Immer mehr Menschen sind überschuldet. Deshalb wird Schuldner- und Insolvenzberatung immer wichtiger. Sie leistet einen Beitrag zur psychosozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung überschuldeter Menschen und ihrer Familienangehörigen. Allerdings sind durch die verstreuten und unkoordinierten Zuständigkeiten in der Schuldner- und Insolvenzberatung transparente und ganzheitliche Beratungsstrukturen nur schwer zu realisieren, potentielle Synergien lassen sich somit nur schwer realisieren. Die SPD fordert deshalb eine Optimierung der Beratungsstrukturen, die eine bessere Koordination und Vernetzung der Schuldner- und Insolvenzberatung zum Ziel hat.

Drucksache [16/14665](#)

Geregelt: Schuldenbremse gesetzlich aufgenommen



Mit der Änderung der Landeshaushaltsordnung setzen die regierungstragenden Fraktionen die sogenannte Schuldenbremse in Landesrecht um.

Nachdem es in der Verfassungskommission zu keiner Einigung über die Aufnahme einer Schuldenregel in die Verfassung gekommen war, wird dies nun einfachgesetzlich geregelt. Die Anhörung war dabei sehr hilfreich, so dass mit einem Änderungsantrag im Ausschuss nun noch einige Verbesserungen umgesetzt worden sind. So werden die

genauen Details über die Kreditaufnahme in Ausnahmefällen nun mit Zustimmung des Landtags geregelt, und es wird ein Tilgungszeitraum festgeschrieben.

Die Anhörung hat deutlich gemacht, dass die damit umgesetzte Regelung sich im Gleichklang mit den Ländern bewegt, die ebenfalls eine Regelung in der Landeshaushaltsordnung haben, so zum Beispiel Baden-Württemberg. Insgesamt gilt für uns, dass wir den Spielraum, den die grundgesetzlichen Regelungen bieten, auch nutzen. Keine Regelung zu treffen, wäre fahrlässig für das Land.

Drucksache [16/14686](#)

Gestärkt: Berufsausbildung und Qualifizierungssysteme erhalten und sichern

Die SPD setzt sich für das Handwerk und die Freien Berufe ein. Mit dem Beschluss am Mittwoch und der darin enthaltenen Subsidiaritätsrüge sprechen wir uns gegen die unverhältnismäßigen Einschränkungen durch die EU-Kommission im Bereich der Berufsausbildung und den Qualifizierungssystemen aus.

Wir wollen nicht, dass die Weiterentwicklung der Qualifizierungssysteme im Handwerk und den Freien Berufen auf nationaler und regionaler Ebene wesentlich erschwert werden.



Denn mit der Berufsausbildung geben das Handwerk und die Freien Berufe den jungen Menschen in unserem Land eine solide Grundlage fürs Berufsleben mit auf den Weg und bieten den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gute Qualifizierungssysteme. Zudem tragen sie mit ihren Gründungsaktivitäten und dem qualitätsorientierten Verbraucherschutz zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts NRW bei.

Drucksache [16/14662](#)

Unterrichtet: Bericht der Landesregierung zu ihren Klima-Aktivitäten

Die nächste Vertragsstaatenkonferenz des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der UNO wird im November 2017 in Bonn unter der Präsidentschaft der Republik Fidschi stattfinden. Die Klimarahmenkonvention ist das internationale, multilaterale Klimaschutzabkommen der Vereinten Nationen. Ihr Ziel ist es, die vom Menschen verursachte Störung des Klimasystems zu verhindern. In einer Unterrichtung wird die Landesregierung über ihre Aktivitäten zum Klimaschutz berichten.

Artgerecht: SPD will Tierwohl verbessern



Die Verbesserung der Tierhaltung ist der Wunsch vieler Menschen. Tiere sollten zukünftig mehr Platz haben, Freilauf erhalten und Praktiken wie Enthornen, Schnäbelkürzen oder Schwänzekupieren zukünftig unterbleiben.

Um das Tierwohl zu verbessern, fordert die SPD-Fraktion für die Schweineproduktion eine Kennzeichnung des Geburtslandes der Ferkel. Dies ermöglicht eine eindeutige Herkunftskennzeichnung für Fleisch und schafft die Basis für regionale Fleischvermarktungsprogramme.

Drucksache [16/14664](#)

Überfällig: Anhebung der Steuerfreigrenze für Vereine

Der Antrag hat das Ziel, dass sich der Bund für eine Anhebung der Freigrenze für Vereine im Bereich des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs um 5.000 auf 40.000 Euro ausspricht. Die bis dato letzte Anhebung der Steuerfreigrenze ist vor fast zehn Jahren vorgenommen worden. Daher ist es geboten, dass die Bundesregierung einer Erhöhung dieser Einnahmengrenze zustimmt. Es geht vor allem um kleinere Vereine, die durch die Ausrichtung kleinerer Veranstaltungen auch in Zukunft nicht steuerpflichtig werden sollen. Außerdem werden die Ehrenamtlichen dadurch entlastet, dass die beim Unterschreiten dieser Grenze keine Steuererklärung ausfüllen beziehungsweise abgeben müssen.

Drucksache [16/14661](#)

Einmischen: Jugendpartizipation stärken

In der laufenden Wahlperiode haben die jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen einen Prozess mit Vertreterinnen und Vertretern der Jugendlichen in NRW zur Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten begonnen. Beteiligt waren dabei der Landesjugendring NRW, die LandesschülerInnenvertretung NRW sowie der Kinder- und Jugendrat NRW.

Zum Abschluss der laufenden Wahlperiode unterzeichneten alle Beteiligten eine Erklärung, in der sie den Willen bekunden, nach der Wahl im Mai diesen Prozess fortzusetzen. Der Antrag begrüßt diese Erklärung und unterstreicht damit den Stellenwert, den eine gelungene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den politischen Prozessen für alle Fraktionen hat.

Drucksache [16/14666](#)

André Stinka bei der Podiumsdiskussion des Clemens-Brentano-Gymnasiums in Dülmen

Am 4. April 2017 veranstaltete das Clemens-Brentano-Gymnasium in Dülmen eine Podiumsdiskussion anlässlich der Landtagswahl am 14. Mai 2017. An der Diskussion nahmen alle Direktkandidaten für den Wahlkreis Coesfeld I teil. Die Aula des Gymnasiums war bis zum letzten Sitzplatz gefüllt: Schülerinnen und Schüler, aber auch externe Interessierte füllten die Reihen.

In der von Abiturienten moderierten Diskussion wurden die Kandidaten in Themenblöcken zu ihren Positionen befragt. In einer offenen Runde hatte das Publikum



zudem die Möglichkeit gezielt Fragen an die einzelnen Kandidaten zu stellen. Besonders wichtig war den Schülerinnen und Schülern der Bereich Schule und die Frage nach G8 und G9. Und auch die Frage, Studiengebühren ja oder nein, galt es dem Publikum zu beantworten. Während André Stinka betonte, dass es mit der SPD auch weiterhin keine Studiengebühren geben werde, erklärte Sabine Schäfer (FDP), dass sie die Studiengebühren wieder einführen wollen, um die Situation an den Hochschulen zu verbessern. Dem hielt Patrick Jansen (Grüne) entgegen, dass er als Student hierfür überhaupt keine Notwendigkeit sehe, weil die Hochschulen gut ausgestattet seien. Außerdem führte Schäfer aus, dass es nicht sein könne, dass Studenten keine Gebühren zahlen, jemand der einen Meister machen möchte hingegen schon. Darauf antwortete Stinka knapp: „Danke für die Vorlage, deswegen wollen wir als SPD den Meisterbrief auch kostenfrei machen.“

Zudem wurden unter anderem Fragen zur inneren Sicherheit sowie zur Infrastruktur insbesondere in ländlichen Räumen gestellt.

Sowohl vor als auch nach der Diskussion durfte das Publikum bereits ein Kreuzchen auf einem Stimmzettel setzen. Mit dem Ergebnis möchte der Sowi-Kurs, der die Veranstaltung mit vorbereitet hat, ermitteln, wie sich das Wahlverhalten durch die Diskussion verändert hat.

Gespräch bei den Quarzwerken in Frechen



Vor Kurzem besuchte André Stinka die Quarzwerke in Frechen. Genauer gesagt war Stinka zu einem Austausch mit dem Geschäftsführer Dr. Paul Páez-Maletz und seinem Kollegen, Herrn Dr. Thomas Pütter, verabredet. Ein wirklich spannendes und informatives Gespräch über die Entwicklung des Familienunternehmens sowie über aktuelle Pläne und Vorhaben.

Gemeinsame Pressekonferenz: André Stinka und Thorsten Schäfer-Gümbel

Am 4. April 2017 lud André Stinka zu einer Pressekonferenz in seinen Wahlkreis ein. Zu Gast war Thorsten Schäfer-Gümbel, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Hessen und stellv. SPD-Parteivorsitzender.

Im Fokus der Pressekonferenz stand das Thema Steuergerechtigkeit. Gemeinsam beantworteten Stinka und Schäfer-Gümbel Fragen rund um das Thema. Beide Politiker betonten, dass es Sinn und Zweck von Steuereinnahmen sei, unsere Solidargemeinschaft zu finanzieren. Dazu trage jeder einen Beitrag: Nämlich jenen, der der eigenen Leistungsfähigkeit entspreche.



Zudem erklärte Stinka, dass es ihm besonders wichtig sei, die ländlichen Räume in den Blick zu nehmen. „Der ländliche Raum muss zukunftsfähig gestaltet werden.“ Dazu gehöre insbesondere Teilhabe: Teilhabe im Sinne von Erreichbarkeit und das unter ökonomischen, physischen und infrastrukturellen Gesichtspunkten.

Einmal einsteigen bitte: Gespräche und Probefahrt im Autohaus Rüschkamp



Beim Autohaus Rüschkamp in Lüdinghausen diskutierte André Stinka mit vielen Fachleuten über Konzepte zur Elektromobilität sowie über die Eigenversorgung mit Erneuerbaren Energien für Unternehmen. Eingeladen wurde Stinka vom Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) NRW und dem Inhaber Joan Hendrik Rüschkamp. Neben Gesprächen und einem Rundgang über das Gelände in Lüdinghausen, stand auch eine Probefahrt mit einem Fahrzeug der neuesten Generation

auf dem Programm.

Stinka erklärte zum Besuch: „Ich freue mich, dass wir im Kreis Coesfeld so innovative Unternehmer wie Herrn Rüschkamp haben. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende liegt darin, sie lokal und dezentral anzugehen. Die Unternehmen vor Ort haben dafür eine wichtige Vorbild- und Anschauungsfunktion.“

Das Familienunternehmen Rüschkamp hat mittlerweile fünf Standorte zwischen Münsterland und Ruhrgebiet und rund 220 Mitarbeiter. Bereits seit 1825 hat das Unternehmen seinen Stammsitz in Lüdinghausen.

Stinkas Video-Statement zur Energiewende, kann [hier](#) abgerufen werden.

Weitere Informationen

V.i.S.d.P.: André Stinka MdL
Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 2879